Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Foubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 580. [31. Jahrgang.] Berlin, Freitag den 11. Dezember 1891, Abends. [31. Jahrgang.] Nr. 580.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 11. Dezember.

Nächst der inhaltsreichen und bedeutungsvollen Rede, mit welcher der Reichskanzler die parlamentarische Erörterung der Handelsvertragspolitik einleitete, fordert in der gestrigen Verhandlung des Reichstags am meisten die Rede des Abg. Grafen Kanitz das Interesse heraus.

Graf Kanitz erklärt sich aus prinzipiellen Gründen, und weil, wie er behauptet, die verbündeten Regierungen der Landwirthschaft den ihr nothwendigen Schutz versagten, auf das Entschiedenste gegen die Verträge und die mit denselben eingeleitete Handelspolitik. So entschieden aber auch das Nein des Grafen Kanitz lautete, wir möchten dennoch nicht die Verantwortlichkeit für die Behauptung übernehmen, daß mit diesem Nein das letzte Wort der konservativen Partei überhaupt gesprochen wäre.

Zu diesem Zweifel berechtigt vorerst die Haltung eines großen Theiles der konservativen Presse, — man braucht nur die Haltung des „Reichsboten“ mit derjenigen der „Kreuzzeitung“ zu vergleichen. Auch die unsererseits erst in diesen Tagen veröffentlichte Zuschrift eines hochkonservativen Mannes ergiebt, wie bei einflußreichen und einsichtsvollen Parteigenossen im Lande die Auffassung der Dinge eine wesentlich andere ist, als solche Graf Kanitz gestern vertrat, und daß die Warner nicht fehlen, welche der konservativen Partei abrathen, sich ihre Haltung zu den Handelsverträgen von einer ab irato-Stimmung diktiren zu lassen.

Wir glauben auch nicht, daß dieser Fall bei den Konservativen im Allgemeinen eintreten werde. Es mag dabei völlig dahingestellt bleiben, ob eine Meldung der „Freis. Ztg.“ der Wahrheit entspricht, welche behauptet, an der entscheidenden Fraktionssitzung der Deutschkonservativen hätten von 70 Mitgliedern nur 36 theilgenommen; das Ziffernverhältniß innerhalb der Fraktion selbst wird in solcher Sache überhaupt als allein maßgebend nie gelten können. Mehr symptomatische Bedeutung hat unbezweifelbar ein Artikel des legitimirten Parteiorgans der Deutschkonservativen, der „Konf. Korrespondenz.“ Darin aber ist nicht von einer prinzipiellen und entschiedenen Ablehnung der Handelsverträge die Rede, sondern nur davon, daß die konservative Partei Aufklärung bezüglich der allgemeinen Stellung der Regierung zum Schutze und zur Pflege der Landwirthschaft beanspruche, und von dieser Aufklärung ihre Beurtheilung der Handelsverträge abhängig machen müsse. Es heißt in dem betreffenden Artikel des offiziellen Organs der Konservativen:

„Die Sachlage für die Beurtheilung der Handelsverträge und ihre Aufnahme im Lande wird von dem Augenblick ab eine völlig andere sein, wo die Regierung sich bestimmt darüber ausgesprochen hat, daß und auf welchen Wegen sie einen Ausgleich für die Einbuße unserer Landwirthschaft herstellen will. Daß solche fürsorglichen Absichten bestehen, ist uns bekannt; man sollte aber nicht verabsäumen, diese Absichten gerade bei Gelegenheit der Berathungen über die Handelsverträge zum Ausdruck zu bringen und Näheres über die vorschwebenden Pläne bekannt zu geben. . . . . In welchem Umfange die tendenziöse Agitation — neben deren Wirkungen die ehrliche Besorgniß nebenherläuft — die Handelsverträge und die Herabsetzung der Getreidezölle behufs Aufwühlung der landwirthschaftlichen Bevölkerung und insbesondere des Bauernstandes ausnützen wird, zeichnet sich wohl schon hinreichend deutlich am Horizont ab. Andere für uns äußerst ungünstige Momente unterstützen die Aussichten dieses Treibens auf Erfolg, und so handelt es sich in der That um nichts mehr und nichts weniger als um die dringende Gefahr einer starken Schmälerung des Einflusses der konservativen Richtung, die auf die Aufrechterhaltung eines loyalen Verhältnisses zur Regierung einen in den Prinzipien wie den bisherigen Traditionen der konservativen Partei begründeten Werth legt. Sicherlich aber ist der Regierung vollkommen bewußt, in welchem Maße diese Gefahr auch sie berührt.“

Angesichts jenes Maßes von Schutz, Pflege und Förderung, welche die landwirthschaftlichen Interessen regierungsseitig bislang und von jeher erfahren haben, ist die von der „Konf. Korr.“ gewünschte Erklärung eigentlich in den Thatsachen bereits gegeben.

Was aber außerdem Herr v. Caprivi gestern über seine Auffassung der Bedeutung der Landwirthschaft und die Nothwendigkeit der Pflege ihrer Interessen dargelegt hat, muß die von der „Konf. Korr.“ gewünschte Beruhigung im weitesten Umfange gewähren. So kann nur ein aufrichtiger warmer Freund, nie ein Gegner sprechen. An der konservativen Partei dürfte es nunmehr sein, nicht etwa durch eigenes Verschulden der Regierung zu erschweren, unserer Landwirthschaft jene Sorge und jenes Wohlwollen auch ferner zu bethätigen, von denen Werk und Wort für den unbefangenen Beurtheiler so untrügliches Zeugniß ablegen.

Die heutige (138.) Plenarsitzung des **Reichstags** wurde um 1 Uhr 20 Minuten vom Präsidenten v. Levetzow eröffnet. Nach Erledigung geschäftlicher Mittheilungen wurde die erste Berathung der Handelsverträge fortgesetzt. Das Haus ist gut besetzt, weniger wie gestern die Tribünen. Der Herr Reichskanzler ist bereits vor Beginn der Sitzung an seinem Platze. Staatssekretair des Auswärtigen Amtes Frhr. v. Marschall nimmt alsbald das Wort, um den gestrigen Ausführungen des Abg. Grafen Kanitz in verschiedenen Punkten entgegenzutreten, und namentlich den Vorwurf des Näheren zurückzuweisen, daß die gegenwärtigen Vorlagen das Werk liberal freihändlerischer Geheimräthe seien. Aus der Denkschrift gehe zur Genüge hervor, daß grundsätzlich an der Zollreform von 1879 festgehalten werde. Der Vorwurf, den Graf Kanitz gegen die Regierung erhebe, daß sie die Landwirthschaft ohne Schutz lasse, sei absolut hinfällig. Der Landwirth habe jedenfalls ein großes Interesse daran, eines mäßigen stabilen Schutzes sicher zu sein. Die verbündeten Regierungen thäten Alles, was für die Landwirthschaft nöthig sei; sie halten deshalb auch einen Schutz von 3 ℳ 50 ₰ für nöthig, andererseits aber auch für ausreichend; weiter können sie nicht gehen. (Bravo.) (Abg. Graf Kanitz bat alsbald ums Wort) Abg. Broemel, während dessen Rede sich die Aufmerksamkeit wesentlich mindert, bezw. sich die Bänke des Hauses leeren, bemerkte Eingangs, daß seine Freunde sehr kühl der vorliegenden Frage gegenüberstehen, die im Grunde auf einen Streit zwischen den Agrariern und der Regierung über die Höhe des Schutzzolles hinauskomme. Thatsächlich sei in den vorliegenden Verträgen das Schutzzollsystem aufrechterhalten, das zu dem traurigen Theil der Hinterlassenschaft des Fürsten Bismarck gehöre. Leider habe derselbe auch heute noch nicht seinen Platz als Mitglied des Hauses eingenommen. Er freue sich über jede Zollherabsetzung, im In- wie im Auslande. Graf Kanitz habe das Aufrechthalten der bestehenden landwirthschaftlichen Zölle als absolut nothwendig bezeichnet, habe aber einen Nachweis dafür nicht erbracht. Durch die Höhe der Produktionskosten würden die hohen Zölle nicht gerechtfertigt. Auf Unwirthschaftlichkeit und dergleichen dürfe man aber keine Prämie setzen. Die Getreidezölle bedeuten nicht einen „Schutz der nationalen Arbeit“, sondern lediglich eine Belastung des Volkes. Er erwarte, daß die Regierung auf dem betretenen Wege der Zollherabsetzung noch weiter gehen werde; die vorliegenden Verträge seien erst der Anfang einer Zollreform, das Deutsche Reich könne ja auch die weitere Herabsetzung auf eigene Faust machen. In dieser Beziehung scheine der Herr Reichskanzler allerdings zu Konzessionen nicht geneigt. Derselbe betone vielmehr, daß es allein das Verdienst der Regierung sei, die Getreidezölle im vorigen Sommer aufrecht erhalten zu haben. Dafür habe er indeß von den Agrariern nicht einmal Dank geerntet. Die freisinnige Partei vertraue darauf, daß die Macht der Verhältnisse zur vollen Abschaffung der Getreidezölle führen werde. Bei der stetig zunehmenden Bevölkerung werde Deutschland nur mehr auf den Getreideimport angewiesen werden. Der wirthschaftliche Kampf müsse nicht bloß an den Grenzen der Dreibundstaaten Halt machen, er müsse auch gegen andere Staaten aufhören. — Das Verlangen des Abg. Grafen Kanitz, ihm jetzt das Wort zur Widerlegung der Ausführungen des Staatssekretairs des Auswärtigen Amts, Frhrn. von Marschall zu geben, wird vom Präsidenten von Levetzow als geschäftsordnungsmäßig unzulässig abgelehnt. — Abg. Dr. Böttcher betont zunächst, daß die Nationalliberalen Fragen wie die vorliegenden niemals als Parteisache behandelt hätten, ist aber der Meinung, daß die Schutzzollpolitik nicht unvortheilhaft gewirkt habe. Das erkenne er jedoch mit dem Herrn Reichskanzler an, daß die autonomen Zolltarife zu unhaltbaren Zuständen führen werden. daß in dieser Beziehung also eine Aenderung angezeigt scheine. (Bei Schluß des Berichts dauert der Vortrag des nationalliberalen Redners fort.)

Bekanntlich sind gestern in Wien die **Handelsverträge mit der Schweiz** unterzeichnet worden. Das „Frdbl.“ meldet diese Thatsache in nachstehender Form:

„Heute Mittag hat im Ministerium des Aeußern die Unterzeichnung der Handelsverträge der Schweiz mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland stattgefunden, und zwar wurde der erstere Vertrag von dem k. und k. Minister des Aeußern, Grafen Kalnoky, einerseits und von den schweizerischen Bevollmächtigten, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Aepli, dann den Nationalräthen Bernhard Hammer und Konrad Cramer-Frey andererseits unterzeichnet. Der Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz wurde von dem kaiserlich deutschen Botschafter Prinzen Reuß und den schweizerischen Bevollmächtigten, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Oberst Roth, sowie den Nationalräthen Hammer und Cramer-Frey unterzeichnet.“

Von auswärtigen Preßstimmen über die **Handelsverträge** dürfte unter den englischen Blättern zunächst die „Times“ anzuführen sein, welche u. A. äußert: „Die neuen Handelsverträge der Zentralmächte werden einen höchst wichtigen Schritt in der Richtung der Kräftigung und Ausdehnung des Dreibundes bedeuten. Es wäre wohl nicht zuviel gesagt, wenn man diese Vollendung der Bündnißpolitik als mindestens ebenso bedeutsam wie die Kronstädter Kundgebung bezeichnete. Die Ziele dieser Politik werden offen eingestanden und sind schon seit geraumer Zeit in Aussicht genommen, aber jedenfalls schneller erreicht worden, als die Annäherung zwischen Frankreich und Rußland. Der Dreibund hat seine Reihen geschlossen, hat neue Befestigung seiner Macht erstrebt und getrachtet, ganz Zentraleuropa vom Mittelmeer bis zur russischen Grenze und von der Nordsee bis zum Balkan zu einem Bunde auf der Grundlage des Handels zusammen zu schmelzen, der immerhin auch seine politischen Seiten hat. Der Plan ist allerdings nicht so großartig und so aggressiv wie Napoleon's Kontinentalsystem, aber er bildet eine passende und auffallende Erläuterung zu Lord Salisbury's jüngsten Bemerkung, daß internationale Abneigung und Ehrgeiz heutzutage hauptsächlich mit den Waffen des Handelskrieges und um den Preis des Handelssieges kämpfen. Die unmittelbare Wirkung der neuen Vereinbarungen wird darauf hinauslaufen, den Dreibund innerlich zu festigen und allen Mächten, die dem neuesten System sich anschließen, ein neues Interesse an der Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes zu geben.“ — Der „Standard“ hebt, wie es schon die „Times“ in längerer Ausführung gethan, ebenfalls die sachlichen Vortheile des Handelsbündnisses hervor und bemerkt dann: Allerdings stellten die Verträge an sich eine Art Gegenstreich nach den ungeheuerlichen schutzzöllnerischen Maßregeln der östlichen und westlichen Nachbarn Deutschlands dar; allein es hange wohl nur von Rußland und Frankreich ab, durch Herabsetzung ihrer eigenen Zölle sich der Vortheile der neuen Verträge theilhaftig zu machen. Wenn die Republik sich zu isoliren wünsche, so könne sie Niemand daran hindern, allein einer der Nachtheile einer übermäßig hohen Zollschranke trete in der Thatsache hervor, daß ein Staat wie Belgien es vortheilhaft finde, sich den Zentralmächten anzuschließen. Die gladstonianische „Pall Mall Gazette“ beginnt ihre Betrachtung über die Verträge fast in denselben Worten wie der „Standard“ mit der Bemerkung, der Tag der Veröffentlichung werde wohl als ein denkwürdiger Tag für Europa in der Erinnerung bleiben. Im ganzen genommen betrachtet das Blatt das in den Verträgen niedergelegte System als einen Rückgang zum System der hohen Schutzzölle. Bedeutsam bleibe, daß in der ganzen Welt große Systeme anwachsen, die untereinander frei, aber gegen die Außenwelt durch einen geschlossenen Zaun geschützt sind.

Was die französischen Blätter betrifft, so äußert das „Journal des Débats“, durch den Abschluß der Handelsverträge habe sich ein großes Ereigniß in der ökonomischen Geschichte vollzogen. Die Wirkung, wenn nicht gar der Zweck der internationalen Abmachungen, sei Frankreichs Isolirung. Das Prinzip, von welchem die Handelsverträge ausgehen, stehe in absolutem Gegensatze zu den Ideen der französischen Gesetzgeber. Dieser Gegensatz sollte Jenen zu denken geben, welche fähig sind, sich über Wahlrücksichten zu erheben und über die ökonomische Zukunft des Landes nachzudenken. Der „Siècle“ befürchtet von dieser Handelsgruppirung die wirthschaftliche Suprematie Deutschlands. Das französische Parlament ahne nichts davon, daß hierdurch die Lage Europas gründlich zu Ungunsten Frankreichs verändert worden sei. Frankreich sei in seiner Isolirung schlecht daran. Der „Siècle“ zollt Caprivi's hoher Auffassung der Sachlage die größte Anerkennung und betont, daß der übertriebene Protektionismus in Frankreich an der wirthschaftlichen Benachtheiligung schuld sei.

Die „Köln. Ztg.“ giebt unsere neuliche Notiz, das **Kreuzergeschwader** und dessen demnächstige Bestimmung betreffend, bis zu dem Satze wieder, daß das Geschwader um Kap Horn zunächst nach den brasilianischen Gewässern gehe. Wir hatten aber beigefügt, als weitere Ziele des Geschwaders würden Ostafrika und Ostasien bezeichnet werden, und die Bestätigung dieser Angabe konnte die „Köln. Ztg.“ inzwischen bereits in der amtlichen Ankündigung lesen, welche Briefsendungen für das Kreuzergeschwader vom 10. d. M. ab nach Kapstadt zu dirigiren auffordert.

Während des Jahres 1890 fanden im Deutschen Reiche 14 **Dampfkessel-Explosionen** statt. Bei diesen Unfällen verunglückten 18 Personen; sieben waren sofort todt oder verstarben binnen 48 Stunden, während eine schwer und 10 Personen leicht verwundet wurden. Der Art der Kessel nach explodirten zwei liegende Einflammenrohrkessel, sechs liegende Zwei- und mehr Flamm(Heiz-)rohrkessel, vier liegende Walzenkessel mit Siederöhren, ein stehender Feuerbüchsenkessel und ein engröhriger Siederohrkessel. Betroffen wurden: drei Steinkohlenbergwerke, ein Braunkohlenbergwerk, eine Zuckerfabrik, eine Branntweinbrennerei, eine Bierbrauerei, eine Fruchtmühle, eine Ziegelei, eine Zementwaarenfabrik, eine Fabrik emaillirter und verzinnter Eisenwaaren, eine Holzstoff- und Pappenfabrik, eine Dampfwäscherei und Badeanstalt, ein Dampfbagger. Die muthmaßlichen Ursachen der Explosionen waren in fünf Fällen örtliche Blechschwächung, je in zwei Fällen Wassermangel, Alter, Kesselstein, je in einem Fall alter Riß, zu hohe Dampfspannung, schlechtes Material.

Während der 14 Jahre 1877 bis einschließlich 1890 haben im Deutschen Reich 214 Dampfkessel-Explosionen stattgefunden; hierbei verunglückten zusammen 577 Personen, von denen 194 getödtet, 116 schwer und 277 leicht verwundet wurden.

Rundschau im Auslande.

In den **französischen** Parteidebatten der letzten Zeit weht etwas wie Kulturkampfluft. Es könnte dies auffallend erscheinen, nachdem mehrere Monate lang immer von Kundgebungen des Kardinals Lavigerie und gleichgesinnter oder gleichgestimmter kirchlicher Würdenträger die Rede gewesen war, welche sämmtlich Annäherung an die Republik, Versöhnung mit der bestehenden Staatsform predigten. Wenn man der Republik so freundlich war, woher jetzt der wieder so lichterloh aufflammende Streit mit den Republikanern? Der wesentliche Punkt für die Erklärung liegt aber ohne Zweifel darin, daß eben jene Kleriker nicht dem republikanischen Geiste sich annähern wollten, sondern der Ansicht waren, die republikanische Form lasse sich ebenso gut wie die monarchische benutzen, um dem klerikalen Geist zu Einfluß, womöglich zur Herrschaft zu verhelfen. Die Kampfesstellung war also im Grunde nicht aufgegeben, sondern nur maskirt. Und da genügt denn ein kleiner Zwischenfall, um die wahre Sachlage offenkundig zu machen. Dieser Zwischenfall war gegeben mit jener muthwilligen Handlung französischer Pilger, welche in das dem Andenken Victor Emanuel's geweihte Buch die Worte einschrieben: Vive le Pape-Roi! Allgemeine Entrüstung in Italien. Der französische Kultusminister sah sich veranlaßt, um weiteren und vielleicht schlimmeren internationalen Reibungen vorzubeugen, den Bischöfen die Veranstaltungen von Pilgerfahrten zu untersagen. Darauf Proteste einiger Bischöfe; Einschreiten der Regierung gegen den schärfsten der Opponenten, Msgr. Gouthe-Soulard. Geistliche, Bischöfe, klerikale Vereine und ein großer Theil der Bevölkerung ganzer Diözesen huldigten dem „Märtyrer“. Eine äußerst erregte Polemik entspann sich in der Presse. Der Radikalismus bemächtigte sich nun der Gelegenheit, um die Regierung und das Parlament weiter zu treiben zur Kündigung des Konkordats und zur Trennung von Kirche und Staat. Daß die auf diesen Zweck gerichteten, beim Senat und in der Deputirtenkammer eingebrachten Interpellationen zuerst in der erstgenannten ruhigeren und maßvolleren Körperschaft eine Erwiderung erhielten, ist als eine Art Schlappe für den Radikalismus zu betrachten. Ohne den Reiz der Neuheit ist ein „großer Tag“, eine Journée, in der Deputirtenkammer nicht denkbar. Die Regierung aber könnte der Kammer auch nichts Anderes sagen, als was dem Senat bereits mitgetheilt ist. Herr v. Freycinet hat wohl mit voller Absicht für seine Erklärung im Senat eine bei ihm ziemlich ungewohnte scharfe Tonart gewählt. Mehr kann die Kammer auch nicht verlangen. Nämlich die große Mehrheit derjenigen Republikaner, welche von der Regierung erwarten, daß mit aller Entschiedenheit die Anwendung des Gesetzes auch auf renitente Kleriker betont werde, welche aber aus zahlreichen Gründen ganz zufrieden sind, wenn an den gesetzlichen Grundlagen des bestehenden Verhältnisses zwischen Kirche und Staat nichts geändert wird. Es ist dies die große Anzahl von den bevorzugten Gesellschaftsklassen angehörigen Franzosen, welche in Bezug auf kirchliche Dinge der von Gibbon in den lapidaren Worten ausgesprochenen Auffassung huldigen: „Die Religionen sind alle gleich wahr in den Augen der Menge, gleich falsch in den Augen des Philosophen und gleich nützlich für die Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung.“ Wenn auch nicht für ihre Person, so wollen sie wenigstens für ihre Frauen und Töchter eine würdig ausgestattete, sozusagen anständige Kirche haben. Seit das Spital- und Begräbnißwesen verweltlicht, die Ehescheidung eingeführt, vor Allem aber die Schule vollständig von der Kirche getrennt und zur Staatsanstalt gemacht ist, haben die Politiker, deren Anschauungsweise oben gekennzeichnet ist, kaum mehr einen Grund, wegen weiterer Scheidung zwischen den historisch gleich begründeten Mächten der Kirche und des Staates sich zu ereifern. Voraussichtlich dürfte es also noch zu mehrfachen „scharfen“ Erklärungen und Erwiderungen kommen, im Uebrigen aber Alles so ziemlich beim Alten bleiben.

Aus **Sofia** wird der „Frkf. Ztg.“ neuerdings telegraphirt, daß die Sobranje, einem Wunsche des Fürsten Ferdinand folgend, dem früheren Fürsten Alexander von Battenberg eine Jahrespension bewilligen und dieselbe auf 50 000 Fr. festsetzen werde.

Nach einer der „Pol. Korr.“ aus **Konstantinopel** zugehenden Meldung hat der Generalgouverneur ad interim von Kreta Mahmud Dschelaledin Pascha, zur Hintanhaltung der auf der Insel unausgesetzt vorfallenden Mordthaten an die ihm unterstehenden Behörden ein Zirkular erlassen, worin er dieselben auffordert, der Bevölkerung bekannt zu geben, daß in Zukunft Jeder, der einen Mord, sei es aus Rache, sei es aus irgend einem anderen Motive, begeht, zur Todesstrafe verurtheilt werden wird. Dieses Zirkular macht ferner die Mutessarifs, Kaimakams und Mudirs für die Handlungen ihrer Subalternen verantwortlich, und schreibt schließlich vor, daß, so oft ein Mord in einer Gemeinde ausgeführt wird, die Mudirs innerhalb 24 Stunden den Schuldigen ausfindig machen oder mindestens sein Signalement angeben müssen. Anderenfalls würde die Absetzung des betreffenden Mudirs erfolgen. — Wie des Ferneren aus der türkischen Hauptstadt berichtet wird, bereitet die Pforte eine weitere Reform in Kreta vor, nämlich die von dem Generalgouverneur schon vor längerer Zeit vorgeschlagene Reorganisation des Gerichtswesens. Der Ministerrath auf der Pforte hat sich mit der Frage bereits befaßt, und es soll die Absicht bestehen, die Anzahl der Gerichte und Richter zu vermehren, sowie höhere Richter, als bisher auf der Insel funktioniren, einzusetzen.

In der gestritzen Sitzung des Senats der **Vereinigten Staaten** brachte Senator Stewart einen Gesetzentwurf ein, nach welchem für chinesische Arbeiter die Einwanderung in die Unionsstaaten und der Aufenthalt in denselben verboten werden soll. Die Vorlage betrifft nicht nur solche Chinesen, welche vorher in den Unionsstaaten sich niemals aufgehalten haben, sondern auch solche, welche bereits früher in den Vereinigten Staaten verweilt und dieselben wieder verlassen haben, sowie endlich alle Chinesen, die das Land durchreisen wollen. Von Stewart wurde ferner der Entwurf eines Gesetzes eingebracht, welches die freie Prägung von Gold und Silber gestattet.

Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus **Rio de Janeiro** von gestern gemeldet, die Regierung habe den Gouverneur des Staates Rio de Janeiro Portella aufgefordert, seine Entlassung einzureichen. Portella weigere sich dessen. Man halte für wahrscheinlich, daß das Kriegsrecht proklamirt und ein militarischer Gouverneur ernannt werde. Damit scheint also die Zentralregierung aus der früher gemeldeten „Theilnahmslosigkeit“ herausgetreten zu sein.

Parlamentarisches.

* Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Baden, sowie der Statthalter von Elsaß-Lothringen Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst wohnten in der Hofloge der heutigen Sitzung des Reichstags bei.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 11. Dezember.

* Se. Majestät der Kaiser und König hat mit den Herren seiner nächsten Umgebung gestern Nachmittag 3 Uhr 28 Min. von der Wildparkstation aus mittels Sonderzuges sich über Potsdam und auf der Wannseebahn entlang über Drewitz und Belzig nach Neugattersleben begeben, woselbst Allerhöchstderselbe am Abend um 6 Uhr eingetroffen ist. Alsbald nach der Ankunft der Allerhöchsten Herrschaften fand sodann etwa um 7 Uhr die Mittagstafel statt.

Auch am heutigen Vormittage weilte Se. Majestät der Kaiser in Neugattersleben, um an den dort vom Kammerherrn v. Alvensleben veranstalteten größeren Jagden Theil zu nehmen. — Nach dem Schluß der Jagden und nach Aufhebung der sich anschließenden größeren Jagdtafel tritt Se. Majestät alsdann die Rückreise nach Berlin bezw. nach Potsdam an.

* Ihre Majestät die Kaiserin und Königin empfing gestern Abend den Besuch des Herzogs Ernst Guenther zu Schleswig-Holstein, welcher auch zur Abendtafel im Neuen Palais verblieb.

* Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Friedrich Karl, welche am gestrigen Nachmittage aus Dessau nach Berlin zurückgekehrt ist, empfing alsbald nach ihrer Ankunft hierselbst im Palais am Wilhelmsplatze mehrere Besuche von Mitgliedern der königlichen Familie und anderen Fürstlichkeiten ꝛc. Heute Mittag unternahm die Frau Prinzessin eine Spazierfahrt und stattete gelegentlich derselben dem Prinzen und der Prinzessin Aribert von Anhalt einen längeren Besuch ab. — Zur Begrüßung der Frau Prinzessin Friedrich Karl gedachte Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Leopold am heutigen Nachmittage von Potsdam nach Berlin zu kommen.

* Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Altenburg traf in Begleitung des Flügeladjutanten Major v. d. Lühe heute Mittag 11¼ Uhr auf der Anhalter Bahn aus Altenburg hier ein und nahm im Hotel Kaiserhof Wohnung.

* Se. Majestät der Kaiser wird, wie wir erfahren, am Sonntag früh 8 Uhr von Station Wildpark aus mittels Sonderzuges sich über Neu-Brandenburg nach Remplin in Mecklenburg-Strelitz begeben, um dort an den Vermählungsfeierlichkeiten des Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg und dessen Braut, der Herzogin Helene von Mecklenburg-Strelitz Theil zu nehmen. Die Ankunft Sr. Majestät auf Schloß Remplin dürfte etwa Mittags um 12 Uhr erfolgen. Am Nachmittage um 4 Uhr gedenkt Se. Majestät alsdann Remplin wieder zu verlassen und sich über Kleinen nach Schwerin zu begeben, um dort Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin einen Besuch abzustatten. — Am nächsten Tage, den 14. d. Mts., früh 7 Uhr, reist Se. Majestät von dort nach Stettin, um an dem dort stattfindenden Stapellaufe und den daran sich anschließenden Festlichkeiten am Nachmittage Theil zu nehmen. Nach einem größeren Diner im Schlosse zu Stettin wird der Kaiser dann am Abend etwa um 8½ Uhr die Rückreise nach Berlin bezw. Potsdam antreten, wo die Ankunft bald nach 11 Uhr auf Station Wildpark erwartet wird.

---

* Der Fürst zu Putbus ist zu längerem Aufenthalte vorgestern hier eingetroffen.

* Der Geh. Ober-Regierungsrath Beyer im Kultusministerium ist, wie wir erfahren, von seiner längeren Erkrankung wieder vollständig genesen.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

[Eisenbahnen.] Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten, im „Reichs- und Staats-Anzeiger“ veröffentlichten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich Bayerns — im Monat Oktober d. J. beim Eisenbahnbetriebe (mit Ausschluß der Werkstätten) vorgekommenen Unfälle waren im Ganzen zu verzeichnen: 1 Entgleisung und 5 Zusammenstöße auf freier Bahn, 23 Entgleisungen und 40 Zusammenstöße in Stationen und 276 sonstige Unfälle (Ueberfahren von Fuhrwerken, Feuer im Zuge, Kesselexplosionen und andere Ereignisse beim Eisenbahnbetriebe, sofern bei letzteren Personen getödtet oder verletzt worden sind). Bei diesen Unfällen sind im Ganzen, und zwar größtentheils durch eigenes Verschulden, 317 Personen verunglückt, sowie 118 Eisenbahnfahrzeuge erheblich und 280 unerheblich beschädigt. Von den beförderten Reisenden wurden 6 getödtet und 16 verletzt, und zwar entfallen: fünf Tödtungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin und eine Tödtung auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahndirektion (linksrheinische) zu Köln, acht Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin, je zwei Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahndirektionen zu Frankfurt a. M., zu Elberfeld und zu Erfurt und je eine Verletzung auf die Verwaltungsbezirke der königlichen Eisenbahndirektionen zu Köln (rechtsrheinische) und Köln (linksrheinische). Von Bahnbeamten und Arbeitern im Dienst wurden beim eigentlichen Eisenbahnbetriebe 48 getödtet und 209 verletzt, von Steuer- ꝛc. Beamten 4 verletzt, von fremden den Personen (einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Bahnbeamten und Arbeiter) 20 getödtet und 14 verletzt. Außerdem wurden bei Nebenbeschäftigungen 46 Beamte verletzt. Von den sämmtlichen Unfällen beim Eisenbahnbetriebe entfallen auf: A. Staatsbahnen und unter Staatsverwaltung stehende Bahnen (bei zusammen 33 715,35 Kilom. Betriebslänge und 1 031 548 490 geförderten Achskilometern) 322 Fälle, davon sind verhältnißmäßig, d. h. unter Berücksichtigung der geförderten Achskilometer und der im Betriebe gewesenen Längen auf der Main-Neckar-Eisenbahn und in den Verwaltungsbezirken der königlichen Eisenbahndirektionen zu Köln (rechts-